

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/7

Bonn, den 13. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 Realität der leeren Hände 45

Zur Deutschlandpolitik der Unionsparteien

2 - 3 B I A F R A 70

Jetzt muß der Friede gewonnen werden

Von Alwin Brück, MdB

4 Sozialdemokrat wird Oberbefehlshaber der schwedischen Armee 38

Ernennung von General Stig Synnergren allgemein begrüßt

Von Karl Richard Kern, Malmö

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Bundeskanzler empfängt BdV-Präsidium  
Spaltung Deutschlands durch Vereinigung Europas Überwinden  
Egon Bahr: Was jetzt ansteht  
Pläne für die Gesetzgebung 1970 und 1971  
1969 monatlich 1.300 Aussiedler aus der Tschechoslowakei  
Bilanz eines Gescheiterten  
Bernhard Grzimek Beauftragter für Naturschutz  
Neue Aufgabe für Heinz Rudolf Fritsche  
Münchener Abkommen in neuer Sicht

## Realität der leeren Hände

---

### Zur Deutschlandpolitik der Unionsparteien

sp - Im Manöverschießen einiger CDU- und CSU-Politiker auf den am Mittwoch dieser Woche von Bundeskanzler Willy Brandt zu gebenden "Bericht zur Lage der Nation" ist häufig auch von den Realitäten der östlichen Forderungen an Bonn die Rede gewesen, welche die Bundesregierung sehen müsse, wenn sie nicht in den Verdacht geraten wolle, Illusionspolitik zu betreiben. Die Schützen vom Dienst schossen damit offene Türen ein, denn weder die Bundesregierung noch die sie tragenden Parteien haben jemals die Illusion gehabt, sie könnten die östlichen Forderungen mit Worten aus der Welt schaffen.

Aber bleiben wir bei den Realitäten, wenn schon davon die Rede sein soll. Es gibt eine Realität, von der - mit Ausnahme vielleicht des früheren Bundesaußenministers und jetzigen Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Dr. Gerhard Schröder, - niemand gern spricht und noch weniger daran erinnert werden will. CDU und CSU haben zwanzig lange Jahre die Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik Deutschland getragen. Ihre führenden Männer haben während dieser Zeit oft genug erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit werde unausweichlich das Ergebnis ihrer Politik sein. Sie haben Verträge abgeschlossen und sind Bündnisverpflichtungen eingegangen. Immer haben sie gesagt, daß nur i h r e Politik geeignet sei, den Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu überbrücken. Sie haben von der "Politik der Stärke" gesprochen und gemeint, daß Moskau nur d i e s e Politik verstehe. Sie haben gesagt, w i r hätten den längeren Atem, und dies noch zu einer Zeit, als Chruschtschow unwidersprochen verkünden konnte: "Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht". Sie haben vor dem Bau der Mauer in Berlin getönt, Ulbrichts Herrschaft stehe "kurz vor dem Zusammenbruch" und sie haben nachher gesagt, dieser Mauerbau sei der "letzte verzweifelte Versuch" eines Gewaltregimes, die Macht zu behaupten.

N i c h t s von dem, was sie in den zwanzig Jahren gepredigt haben, ist eingetroffen. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ist ferner denn je. Die Rolle der DDR im Rahmen des Warschauer Paktsystems ist politisch, wirtschaftlich sowie militärisch heute ohne Zweifel bedeutsamer als noch vor 10 Jahren. Ob wir es wahr haben wollen oder nicht - die DDR ist heute einer der leistungsfähigsten Industriestaaten der Welt.

Illusionen, die die Kritiker der jetzigen Bundesregierung jemals gehabt haben mögen, sind in alle Winde zerstoßen. Für uns ist das kein Grund zum Frohlocken oder zur Schadenfreude. Im Gegenteil: Das ganze deutsche Volk könnte heute ruhiger sein, wenn es nicht diese hier nur kurz skizzierte Bilanz ziehen müßte.

Wenn also von Realitäten die Rede ist und wenn die Regierung Brandt/Scheel von der Opposition gemahnt wird, die Realitäten des Ostens in Rechnung zu stellen, dann ist der Opposition zu sagen: Das Ergebnis eurer Politik ist auch eine Realität; die Realität der leeren Hände.

B I A F R A

Jetzt muß der Friede gewonnen werden

Von Alwin Brück, MdB

Der Bürgerkrieg in Nigeria ist zu Ende. Auch wenn man sich das Ende eines Krieges besser vorstellen kann, als durch den militärischen Sieg der einen Seite, muß jeder, der es wirklich gut mit den Menschen in den vom Krieg betroffenen Gebieten meint, das begrüßen. Gleich, ob er in diesem Konflikt auf der Seite der nigerianischen Zentralregierung stand oder aber, ob - wie in Deutschland oft der Fall - sein Herz für Biafra schlug. Zu groß war das Leid der Menschen in der nigerianischen Ostregion geworden, zuviel waren schon gestorben, als daß man an einer endlosen Fortsetzung des Krieges interessiert sein konnte.

Alle humanitäre Hilfe - die Hilfsaktionen der Kirchen und des Roten Kreuzes werden in die Geschichte als ein großes Beispiel menschlicher Hilfsbereitschaft eingehen - konnte die Schrecken des Krieges nur mildern, sie aber nicht beseitigen. Deshalb kann man dem biafranischen Staatschef Ojukwu, der jetzt sein Volk allein gelassen hat, und ins Ausland geflohen ist, auch nicht den Vorwurf ersparen, diesen Krieg zu lange fortgeführt zu haben. Er führte ihn bis zum bitteren Ende und überließ dann seinem militärischen Oberbefehlshaber die Kapitulation.

Die nigerianische Bundesregierung unter Generalmajor Gowon hat den Krieg gewonnen. Betrachtet man auf der einen Seite die Übermacht der besser ausgerüsteten Bundestruppen und auf der anderen Seite die Länge des Krieges, die immer wieder zu verzeichnenden Rückschläge der Bundestruppen, so daß man selbst die ersten Meldungen am Wochenende von einem Zusammenbruch der biafranischen Verteidigung mit Skepsis betrachtete, dann weiß man, wie schwer diese Aufgabe für Lagos war. Jetzt aber steht die Zentralregierung vor einer noch schwereren Aufgabe. Nach dem Sieg im Krieg muß sie jetzt den Frieden gewinnen.

Das ist nach allem, was vor und während des Krieges geschehen ist, in der Tat nicht leicht. Eine der Ursachen für die Sezession waren die Massaker, die in Norden Nigerias an den Ibos, dem größten Volk Biafras, begangen wurden. Kenner des Landes wissen, daß es eine Art Antiliboismus in Nigeria gibt. Nie aber stimmte die in der Welt und vor allem auch in

der Bundesrepublik verbreitete These vom Völkermord in Biafra. Seit langem leben bereits wieder viele Ibos in den von den Bundestruppen besetzten Gebieten, ohne daß ihnen ein Leid geschieht. Die Angehörigen der Minderheitsstämme in Biafra haben sogar die Bundestruppen als Befreier begrüßt. Sie fühlten sich ihrerseits von den Ibos unterdrückt.

Das alles aber schließt nicht aus, daß es wieder zu Massakern an den Ibos kommen kann, wenn der Siegesrausch bei den Truppen die Überhand gewinnt. Man kann nur hoffen, daß Nigerias Staatschef Gowon, den alle, die ihn kennen, als großen, ehrlichen und anständigen Politiker bezeichnen, dem der Bürgerkrieg stets sehr zu Herzen ging, sich gegen die Scharfmacher in den eigenen Reihen durchsetzen kann. Man wird Nigeria in der Welt daran messen, wie es Haß und Zwietracht, die diesen Bürgerkrieg, wie alle Bürgerkriege, mit sich gebracht haben, überwindet und einen neuen Anfang in der Einheit des Staates findet.

Wie ernst es der Zentralregierung mit dieser Aufgabe ist, wird man daran sehen können, wie sie die Aktionen der humanitären Hilfsorganisationen unterstützt, auch wenn manche politische Äußerung aus den Reihen der in Biafra helfenden Europäer zugunsten der Sezession das Klima zwischen ihnen und der Zentralregierung nicht gerade günstig gestaltet. Aber in Lagos hat man immer von den Brüdern in der Ostregion gesprochen, die man befreien will. Jetzt da man sie befreit hat, darf man sie nicht verhungern lassen.

Wir in Deutschland sind aufgerufen, unseren Teil dazu beizutragen, daß der Not und dem Elend in Ostnigeria ein Ende bereitet wird. Wir vertrauen auf die Kirchen und das Rote Kreuz, daß sie mit Hilfe der Bundesregierung und der Menschen in unserem Land das großartige Werk der Nächstenliebe solange fortsetzen, bis die Menschen in Nigeria sich wieder selbst helfen können. Es gilt nach der ersten Versorgung mit Lebensmitteln dafür zu sorgen, daß den Menschen in Ostnigeria die Furcht genommen wird, daß sie aus dem Busch und aus den Flüchtlingslagern wieder in ihre Heimatstädte und -dörfer zurückkehren. Für uns gilt es, dabei mitzuhelfen, daß die Wunden, die dieser Krieg in Nigeria geschlagen hat, wieder schnell verheilen, daß Zerstörtes wieder aufgebaut wird. Wir sollten dabei immer an die Hilfe denken, die wir nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg von außen erhielten.

Sozialdemokrat wird Oberbefehlshaber der schwedischen Armee

---

Ernennung von General Stig Synnergren allgemein begrüßt

Von Karl Richard Kern, Malmö

Die schwedische Regierung ernannte Anfang Januar den Generalleutnant Stig Synnergren zum Oberbefehlshaber der gesamten Streitkräfte des Landes. Die Ernennung gilt ab 1. Oktober dieses Jahres. Stig Synnergren wurde gleichzeitig zum General befördert.

Synnergren hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er Sozialdemokrat ist. Er ist der Sohn eines Lokomotivführers aus der nordschwedischen Stadt Boden. Von Journalisten gefragt, ob seine Ernennung mit seiner politischen Gesinnung zusammenhänge, konnte er mit gutem Gewissen antworten, er hoffe, daß bei solchen Beförderungen nur die Berufskennntnisse eine Rolle spielen. Tatsächlich hat keine einzige schwedische Zeitung, ob sie nun die Regierungspartei oder die Opposition vertritt, an dieser Ernennung etwas auszusetzen; sie wird im Gegenteil als kluger Beschluß gelobt.

Synnergren ist in der Tat ein vielseitiger Mann, und seine Berufskennntnisse werden vor allem von seinen Berufskollegen vorbehaltlos anerkannt. Die liberale Zeitung "Kvällsposten" in Malmö nennt ihn einen "kraftvollen Oberbefehlshaber", der sehr unkonventionell ist und wenig Respekt vor Formalitäten hat. Er habe Eigenschaften, die ihn zu seinem neuen Amte besonders befähigen: Begabung, Kennntnisse, organisatorisches Geschick und außerordentliche Beliebtheit in allen Lagern. Synnergren hat nur sechs Jahre gebraucht, um vom Kapitän in den Generalsrang zu kommen. Er hat dabei 208 ältere Kollegen "überholt".

Gefragt, was er über das Problem der Demokratisierung der Armee denke, antwortete Synnergren, die Soldaten sollten als Bürger über die Erhaltung und Formung der Armee mitbestimmen. Die Armee sei jedoch ein Unternehmen, bei dem die Beschlußfassung in schwierigen Lagen nicht das Ergebnis langwieriger Beratungen sein könne. Die Ausbildung der Soldaten erfolge für den Fall eines Krieges.

Die Kriegsrisiken seien in unserer Zeit unverändert, meint Synnergren, und ein Land wie Schweden, das eine zielbewußte Neutralitätspolitik betreibt, müsse auch willens und imstande bleiben, sich im Ernstfall Respekt zu verschaffen. Die Kritik an der Militärpolitik des Landes werde vornehmlich von Kreisen geübt, die überhaupt Gegner des heutigen Gemeinwesens sind. Das Kriegsrisiko bestehe darin, daß es überall politische Gegensätze gibt und daß in Europa 5,5 Millionen Menschen unter Waffen stehen. Das müsse doch eine Ursache haben.

So spricht denn dieser sozialdemokratische Oberbefehlshaber einer kraftvollen Verteidigungspolitik Schwedens das Wort.